

Februar 2024

POST-BERGGKARABACH: NEUORDNUNG IM SÜDKAUKASUS

Christoph Bilban

Im September 2023 stellte Aserbaidschan seine territoriale Integrität im Zuge einer als „Anti-Terror-Operation“ bezeichneten Militäraktion gegen Bergkarabach wieder her. Über 100.000 Karabach-Armenier flohen aus ihrer Heimat. Baku ist nun in einer vorteilhaften Position für weitere Friedensgespräche. Armenien scheint zu einem Friedensvertrag bereit, will aber seine Unabhängigkeit gewahrt wissen und sucht in der EU einen neuen Partner. Die Frage ist daher, wann ein Friedensvertrag erreicht werden und welche Rolle die EU künftig im Südkaukasus spielen könnte.

Mit einem koordinierten Angriff gegen die sogenannte „Republik Arzach (Bergkarabach)“ am 19. und 20.9.2023 stellte Aserbaidschan seine volle territoriale Integrität durch Gewaltanwendung wieder her. Baku rechtfertigte den Angriff als „Anti-Terror-Operation“ gegen die „terroristischen Aktivitäten“ Bergkarabachs nachdem vier Aserbaidschaner bei der Explosion einer Mine am Tag zuvor getötet worden waren. Völkerrechtlich ist das Vorgehen aber nicht unumstritten.

223 Soldaten und 25 Zivilisten wurden auf Seiten Bergkarabachs getötet. 192 aserbaidschanische Soldaten und ein aserbaidschanischer Zivilist verloren ihr Leben. Etwa 1.000 Menschen wurden verletzt. Über 100.000 Karabach-Armenier flüchteten aus Angst vor einem Genozid durch aserbaidschanische Truppen aus ihrer Heimat. Die Möglichkeit ihrer Rückkehr wird zwar von Baku stets beteuert, eine realistische Option dafür ist aus gegenwärtiger Perspektive aber nicht erkennbar.

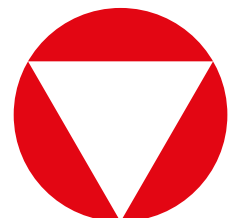
Die „Republik Arzach“ kapitulierte nach mehrtägigen Verhandlungen. Am 28.9.2023

gab der „Präsident“ Samvel Shahrmanjan die Auflösung aller Strukturen der „Republik“ mit 31.12.2023 bekannt. Diese Entscheidung widerrief er am 22.12.2023 und erklärte, dass die arzachischen Institutionen ihre Arbeit auch nach dem 1.1.2024 aus Armenien heraus fortsetzen würden. Die armenische Regierung von Premierminister Nikol Paschinjan sieht in diesen Aktivitäten jedoch eine Gefahr für den laufenden Friedensprozess mit Aserbaidschan und erkennt die „Exil-Regierung“ nicht an.

Der Eroberung Bergkarabachs ging eine gut neunmonatige Blockade Bergkarabachs ab Mitte Dezember 2022 voraus. Lediglich die russischen „Friedenstruppen“ und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz konnten die Sperre der aserbaidschanischen „Umweltaktivisten“ teilweise passieren. Im Frühjahr 2023 errichtete Aserbaidschan entlang der Straße nach Bergkarabach einen Grenzkontrollpunkt und verweigerte im Sommer 2023 Hilfskonvois die Fahrt nach Bergkarabach. Die Versorgungslage mit

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH

BUNDESHEER.AT



UNSER HEER

Lebensmitteln, Medizinprodukten und sonstigen Hilfsgütern verschlechterte sich. Auch die Gasversorgung wurde wiederholt unterbrochen, was unter anderem zu kontrollierten Stromabschaltungen in Bergkarabach führte.

Ein Waffenstillstand mit Schwächen

Die aktuelle Situation ist eine Folge des 44-tägigen Karabach-Kriegs im Herbst 2020. Dieser wurde am 9.11.2020 durch die trilaterale Erklärung von Armeniens Premier Nikol Paschinjan, Aserbaidshans Präsident Ilham Alijew und Russlands Präsident Wladimir Putin beendet. Russland entsandte eine 1.960 Mann starke „Friedenstruppe“, um den Waffenstillstand zu sichern. Weitere Punkte sahen unter anderem eine vom russischen „Friedenskontingent“ überwachte Verbindung zwischen Armenien und Bergkarabach („Lachin-Korridor“) vor. Aserbaidshans garantierte für die Sicherheit der Bewegung von Personen und Lasten entlang dieser Straße. Im Gegenzug erklärte sich Armenien zur Öffnung der Verbindungen zwischen Aserbaidshans und dessen westlicher Exklave Nachitschewan bereit. Die Statusfrage von Bergkarabach sowie etwaige Vorkehrungen zum Schutz der Minderheit blieben jedoch bewusst ausgeklammert.

Neben den Minderheitenrechten für die Karabach-Armenier stellte sich insbesondere der „Zangezur-Korridor“, also die Verkehrsverbindung nach Nachitschewan entlang der armenischen Südgrenze durch die Provinz Sjunik, als Hemmnis im Friedensprozess dar. Aserbaidshans Unmut über die schleppenden Fortschritte hin zur Öffnung des Korridors, dürften wohl auch zur Blockade von Bergkarabach beigetragen haben. Armenien wiederum sieht im „Zangezur-Korridor“ eine Gefahr für seine Souveränität und fürchtet eine schleichende aserbaidshansische Übernahme der Provinz Sjunik. Zudem will Armenien spätestens seit dem Zerwürfnis mit Moskau im September 2022 dem russischen Grenzschutzdienst keine Kontrollrechte entlang dieser Verbindung einräumen.

Weiters führte die offene Frage der Grenzziehung zu mehreren, gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den Streitkräften Jerewans und Bakus. Bereits 2021 okkupierte Aserbaidshans erstmals kleine Gebiete auf dem Territorium der Republik Armenien. Im September 2022 kam es zu heftigen Kämpfen entlang der armenisch-aserbaidshansischen Grenze, bei denen über 200 Soldaten starben. Weder das verbündete Russland noch die Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) leisteten Armenien Beistand. Aserbaidshans hält seither nach armenischen Angaben rund 215 km² der Republik Armenien besetzt. Beide Seiten konnten sich bisher nicht auf eine Kartengrundlage für die Demarkierung der Grenze einigen. Armenien verlangt zudem zuerst einen Abzug der aserbaidshansischen Truppen. Baku fordert seit Herbst 2023 die Rückgabe seiner drei Exklaven und von acht Grenzdörfern, die seit dem Krieg in den 1990ern durch Armenien besetzt sind.

Geopolitische Aspekte des Friedensprozesses

Der klare Verlierer des 44-Tage-Kriegs gegen Bergkarabach 2020 war – neben Armenien – der Westen und dessen Ambitionen für eine friedliche Konfliktlösung im Rahmen der OSZE. Die OSZE-Minsk-Gruppe ist seither de-facto irrelevant, obwohl sie weiterhin existiert und die damit verbundenen Strukturen auch 2024 wieder verlängert wurden. An ihrer Stelle sollten neue Initiativen, wie das von Russland vorgeschlagene 3+3-Format, die künftige Kooperation zwischen den Regionalmächten Iran, Russland und Türkei sowie Armenien, Aserbaidshans und Georgien regeln. Das 3+3-Format wird jedoch von Georgien wegen der Konflikte mit Russland über die abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien boykottiert. Aber auch Armenien und Aserbaidshans verfolgen seit 2020 ihre außenpolitischen Ziele deutlich selbstständiger. Insbesondere Armenien sucht nach neuen Partnern, so bspw. Indien, als Alternative zum Waffenlieferanten Russland.

Russlands Angriff auf die Ukraine markierte auch eine Zeitenwende im Südkaukasus, der für Moskau als Transitregion in den Iran von hohem strategischen Wert ist. Über Armenien dürften zudem westliche Sanktionen gegen Russland umgangen werden (bspw. verdreifachten sich die Exporte von Armenien nach Russland im Jahr 2022). Baku wird wohl vermehrt russisches Gas für den Eigenbedarf beziehen, damit es bis 2027 seinen Gas-Export gemäß dem Abkommen mit der EU-Kommission verdoppeln kann.

Der Krieg in der Ukraine schwächte aber auch Moskaus Position. Ab dem Frühjahr 2022 übernahm die EU neben den Vereinigten Staaten von Amerika und dem traditionellen Partner Russland eine aktive Rolle im Friedensprozess. Insbesondere Brüssel etablierte sich als Dialogplattform zwischen Premier Paschinjan und Präsident Alijew. Es wurden sogar einige diplomatische Erfolge, wie die gegenseitige Anerkennung des Staatsgebiets zum Stand der Unabhängigkeit 1991, erzielt. Nach dem aserbaidshanischen Einmarsch in Bergkarabach vom September 2023 und den harschen Reaktionen der EU zeigt sich Baku aber verstärkt EU-kritisch. Aserbaidshan drängt seither auf bilaterale Verhandlungen mit Jerewan ohne Mediation durch äußere Mächte, insbesondere der EU (und namentlich Frankreich) sowie den USA, sofern nicht die mit Baku verbündete Türkei auch an Verhandlungen teilnehmen darf. Ein erster bilateraler Erfolg ist das Abkommen über einen Gefangenen austausch sowie Armeniens Aufnahme in die UN-Regionalgruppe Osteuropa vom Dezember 2023. Im Gegenzug unterstützte Jerewan die Bewerbung Bakus als Austragungsort für die Klimakonferenz COP-29.

Aufwuchs der EU-Beobachtermission in Armenien

Nach der Eskalation an der armenisch-aserbaidshanischen Grenze im September 2022 suchte Armenien zudem bei der EU um Entsendung einer Beobachtermission an.

Seit Anfang 2023 berichtet die zivile Beobachtermission „EU Mission to Armenia“ (EUMA) über die Situation entlang der Grenzen mit Aserbaidshan und der Exklave Nachitschewan sowie über die humanitäre Sicherheitslage in den Grenzgebieten auf armenischer Seite. Damit ist die EUMA Auge und Ohr der EU vor Ort und stellt verlässliche Informationen bereit, welche aber nur den EU-Institutionen und teilweise den Mitgliedstaaten zugänglich sind. Zudem soll die Mission Vertrauen zwischen den Konfliktparteien aufbauen, was sich jedoch durch Aserbaidshans Ablehnung der Mission als schwierig darstellt. Am 18.12.2023 wurde die Entscheidung getroffen, die Mission von 138 auf 209 Personen zu erweitern. Somit sind nun mehr Patrouillen möglich. Österreich ist derzeit mit drei Personen, einem Offizier des Bundesheers und zwei Polizisten vertreten. Ein zweiter Bundesheer-Offizier wird noch im ersten Quartal 2024 entsandt.

Armeniens Westannäherung und Aserbaidshans Kritik

Armenien sucht seit 2022 verstärkt die Nähe neuer Partner, allen voran der EU und der USA. Russland wird seit September 2022 nicht mehr als Sicherheitsgarant gesehen und die Karabach-Armenier fühlen sich von Russland nunmehr gänzlich verraten. Dennoch muss festgestellt werden, dass sich Armenien nicht gänzlich aus dem russischen Einflussbereich lösen kann. Das Land ist wirtschaftlich, auch durch langfristige Verträge, von Russland abhängig (bspw. Gasversorgung, Atomkraft). Russland wird zudem seine Militärbasis im westarmenischen Gjumri wohl nicht vor Ablauf des Stationierungsabkommens 2044 aufgeben.

Baku hingegen sieht das armenische Streben Richtung Westen kritisch. Insbesondere die EU wird oft als verlängerter Arm einer französischen Anti-Aserbaidshan-Politik verstanden, weil einzelstaatliche Maßnahmen wie Frankreichs Militärhilfe für Armenien mit EU-Interes-

sen gleichgesetzt werden. Baku vermutet auch französische Interessen hinter der als geopolitisch wahrgenommenen Entscheidung des EU-Kandidatenstatus für Georgien, um das gute georgisch-aserbaidschanische Verhältnis zu untergraben. Jüngster Höhepunkt der belastenden Beziehungen stellte die Ausweisung von französischen Diplomaten Ende Dezember 2023 dar.

Fazit und Ableitungen

- Nach der Eroberung Bergkarabachs befindet sich Baku in der Position des eindeutigen Siegers und versucht nachdrücklich, ein Friedensabkommen nach seinen Wünschen zu erzielen. Insbesondere die Fragen der Grenzziehung und der Enklaven sollte jedoch nicht von Maximalforderungen Bakus bestimmt werden. Ein Gebiets-tausch muss nicht zwangsläufig zu einem negativen Präzedenzfall für den post-sowjetischen Raum (z.B. Zentralasien) werden.
- Armenien hat einen Spielraum bei der Öffnung der Verbindung zu Nachitschewan. Russlands Interesse an einer Kontrolle dieser Verbindung könnte jedoch ein Friedensabkommen torpedieren.
- Aus europäischer Sicht sollte darauf geachtet werden, dass es sich jedenfalls um einen nachhaltigen Frieden handelt und die Menschen- und Minderheitenrechte gewahrt werden. Die Versuche, sich als Mediator und Dialogplattform anzubieten, dürfen angesichts des EU-Wahlkampfs nicht vernachlässigt werden.
- Ein mögliches Fenster für richtungweisende Entwicklungen könnte es nach Einschätzung von Beobachtern

zwischen den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen in Aserbaidschan vom 7.2.2024 und den russischen Präsidentschaftswahlen Mitte März geben. Alijew könnte nach seiner Wiederwahl entweder Zugeständnisse machen, oder aber gestärkt durch die innenpolitische Unterstützung den „Zangezur-Korridor“ mit Gewalt erzwingen wollen.

- Die EU und ihre Mitgliedstaaten können Armenien bei der Neuausrichtung der Außenpolitik und weiteren Reformen unterstützen. Zur Stärkung der Resilienz der staatlichen Institutionen Armeniens zählt auch der Aufbau einer breiten Parteienlandschaft, denn derzeit gibt es keine wirklichen Alternativen abseits der Regierungspartei Paschinjans und der eher nationalistischen Opposition.
- Die EU und auch Österreich können jedenfalls weiterhin vor allem deeskalierend auf die Konfliktparteien einwirken. Wien könnte sich außerdem als Ort für Gespräche positionieren.
- Alle Maßnahmen der EU und ihrer Mitglieder sollten im Rahmen einer umfassenden „Südkaucasus-Strategie“ koordiniert werden. Wenn Brüssel nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein geopolitischer Akteur in dieser Region sein will, braucht es einen gemeinsamen europäischen Ansatz, der nicht von einzelstaatlichen Interessen bestimmt ist und gleichzeitig den Südkaucasus als Region, inkl. der angrenzenden Mächte, begreift. Um die besonderen Beziehungen einzelner Mitgliedsstaaten zu den Konfliktparteien nicht zu einem Hindernis zu machen, könnte die EU jedenfalls ihre gemeinsamen Interessen als „non-paper“ veröffentlichen.

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich / BMLV, Roßbauer Lände 1, 1090 Wien
Redaktion: Landesverteidigungsakademie/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Periodikum der Landesverteidigungsakademie
Copyright: © Republik Österreich / BMLV / Alle Rechte vorbehalten
Druck: Reproz W 24-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk